

# Die Zerstörung Simbabwes

von Tanja Schweizer

erschienen in «Ketzernbriefe» 152 • Separatdruck für kommunisten.ch

«Am Anfang der Zerschlagung Jugoslawiens stand ein amerikanisches Gesetz», schrieb die antimperialistische amerikanische Aktivistin Sara Flounders vor mehr als zwölf Jahren in dieser Zeitschrift.<sup>1)</sup> Auch die geplante Vernichtung Simbabwes als souveräner Staat wird

durch ein amerikanisches Gesetz markiert: Im Dezember 2001 unterzeichnete US-Präsident Bush den «US Zimbabwe Democracy and Economic Recovery Act», der den Präsidenten «zur Unterstützung demokratischer Institutionen, der freien Presse und unabhängiger Medien» in Simbabwe ernächtigte. In diesem Fall war allerdings kurz davor schon der britische Kettenhund Uncle Sams losgelassen worden, um in einer bereits 1999 in London unter dem Motto «Simbabwe — Zeit für Mugabe zu gehen?» abgehaltenen Konferenz die EU auf die vorgegebene gemeinsame Linie gegen Simbabwe festzulegen und die Mittel zur Beibehaltung seiner Regierung abzustimmen.<sup>2)</sup>

Dies sollte man wissen und nie vergessen, bevor man in die Schmutzkübel blickt, die die Presse der letzten Jahre über die solcherart proskribierte Regierung des Landes Woche für Woche, Monat für Monat ausgegossen hat: Robert Mugabe – «Diktator» und «Staatsterrorist», Mugabe – «ein Mörder, dem jegliches Gewissen fehlt», Mugabe – der «Hitler des 21. Jahrhunderts». Die Anwürfe und Tiraden steigerten sich von Mal zu Mal, wurden immer noch schiller, noch wütender, noch gefeinder – und gleichen sich doch europaweit wie ein faules Ei dem anderen. Wie immer: Denn wir kennen ja vor allem den Ton dieses immeigleichen Stinkdrecks nur allzu gut, von dem – das ist die Hauptsache – nur irgend etwas hängenbleiben soll: Saddam Hussein

wurde mit ihm ebenso bespritzt, bevor man sein Land überfiel, sein Volk zu Hunderttausenden umbrachte und ihn selbst schliesslich ermordete, wie zuvor Milosevic, bevor die Bomben auf Belgrad fielen.

Aber worum geht es bei dem von jenem vorgeblichen Erzteufel Robert Mugabe rezierten kleinen afrikanischen Staat, der den meisten bis vor wenigen Jahren doch allenfalls dem Namen nach bekannt war: bei der geographischen Lage wurde es meist schon schwieriger, und auch der Name Mugabe war einem Deutschen, der nicht gerade in der Besseren Zeit aufgewachsen war, allermeistens unbekannt. Ganz sicher nicht um ein paar weisse Siedler, deren Farmen enteignet wurden, und ganz sicher nicht um die Versorgung einer Bevölkerung, die in einem armen und durch jahrelange Ghettosierung – «Sanktionen» genannt – gewürgten Land zugebehemmassen sehr schlecht ist (der jüngste Ausbruch der Cholera wird von der westlichen Propaganda wie zum Zweck ihrer eigenen Bestätigung und sogar als Vorwand für neue Sanktionen als ein wahres Himmelsgeschick ausgeschlachtet) – als Gegenbeweis sollten die anderthalb Millionen Kinder genügen, die aufgrund der gegen den Irak verhängten Sanktionen dort schon vor dem Yankee-Einmarsch still und elend als Blockadeopfer starben, ohne dass dies der deutschen Presse je auch nur ein Arschrunzeln wert gewesen wäre.

Es geht um einen Staat der die untergrössten und blütigen Opfern in langen Jahren erkämpfte Freiheit von seinen früheren europäischen Kolonialherren nicht

gegen das monimperialistische Ami-Welt-herrnloch eintauschen, sondern wenigstens einige Früchte dieses Kampfes selbst ernten will, und seinen Präsidenten, dessen Person untrennbar mit diesem langen Freiheitskampf verbunden ist: eben Robert Mugabe, seit der Beendigung des zweiten Chinurenka (Befreiungskampf) 1980 im Amt und seither – allem Gegendungel von Stern & Co. zum Trotz immer aufs neue höchst demokratisch wiedergewählt.

Um die Ereignisse der jüngsten Zeit in Simbabwe und die Bedeutung von Robert Mugabe besser verstehen zu können und um nicht immer nur der täglichen Pressehetze hinterherzubleheln, sollten wir uns die Zeit für einen Rückblick in die Geschichte des Landes nehmen:

Das Gebiet zwischen den Flüssen Limpopo und Zambezi, etwas grösser als die BRD (390 000 km<sup>2</sup>), wird von den einheimischen afrikanischen Völkern seit Jahrtausenden besiedelt; die schonasprechenden Völker, die gegenwärtig vier Fünftel des Volkes von Simbabwe ausmachen, wanderten etwa zu Beginn unserer Zeitrechnung ein. Einer dieser Shona-Stämme errichtete spätestens vom 12. Jahrhundert an einen leidlich zentralisierten Staat seit dem 13. Jahrhundert war Simbabwe das Zentrum der Eisenverarbeitung im Süden Afrikas, es wird von 60 000 bis 70 000 Bergwerken im Mittelalter des südlichen Afrika berichtet. Das sogenannte «Gross-Simbabwe», eine Steinfestung, welche im Süden des heutigen Landes (ca. 27 km südöstlich von Masvingo) gelegen ist zeugt noch heute architektonisch von dem Höhepunkt dieses afrikanischen Reiches, in dem Handel mit Eisen, Kupfer, Gold und Elfenbein betrieben wurde (d. h., Simbabwe ist das einzige schwarzafrikanische Land, das aus eigener Kraft zur Steinbauweise gelangte; es enthält noch weitere Baudenkmäler in

der Art seiner namengebenden Ruinenstätte). Weitere grössere Reiche folgten, auch sie zeichneten sich alle durch relativen Wohlstand aus. Zeitgenössische Schilderungen noch um 1800 sprechen von Shona-Häuptlingen, die «über grosse und reiche Stämme» herrschten, die «wundervolles Vieh» und einen «Überfluss an Gemüse» besaßen. Auch die Berichte über den nachfolgenden Staat der Matabele, die dann von Süden her eingewandert waren, heben dessen Wohlstand hervor, der sich auch darin zeigte, dass der König ein 15 000-Mann-Heer unterhalten konnte, was für damalige schwarzafrikanische Verhältnisse beachtlich war. Noch heute spricht man von Simbabwe als der «Kornkammer Afrikas».

Konnten die Shona die ersten kolonialistischen Versuche Portugals im 16. und 17. Jahrhundert, Zentralafrika von der Ostküste her zu erobern, erfolgreich zurückzuschlagen und gelang dies auch den Buren 1847, wird die Industrialisierung in Europa von der immer stärkeren Unterwerfung und Ausplünderung der Völker in Asien und Afrika begleitet. Etwa um 1870 spitzt sich der Kampf um die territoriale Aufteilung der Welt zu, die kolonialen Eroberungen nehmen ein riesiges Ausmass an. («(...) der Übergang des Kapitalismus zum Stadium des Monopolkapitalismus, zum Finanzkapital, [ist] mit einer Verschärfung des Kampfes um die Welt verknüpft?»), die noch nicht in Besitz der Kolonialmächte übergangenen Gebiete, namentlich in Afrika, werden endgültig aufgeteilt.

Ende des 19. Jahrhunderts waren die heutigen Staaten Simbabwe, Malawi und Sambia die einzigen Gebiete südlich der Sahara, die noch nicht von Kolonialmächten besetzt waren. In Südafrika existierten

neben den Burenstaaten Transvaal und Oranien Freistaat bereits die britische Kap-Kolonie und Natal, sie gehörten zu den wichtigsten Rohstofflagern Englands, damals noch fahrender kapitalistischer Staat mit dem bei weitem grössten Kolonialbesitz. Aber dieser sollte nun noch weiter vergrössert werden, eine Aufgabe, die dem englischen Multimillionär und späteren Initiator des Burenkrieges zufiel, Cecil Rhodes, nicht nur von 1890 bis 1896 Premierminister der Kap-Kolonie, sondern auch Präsident der «De Beers Diamanten-Bergbau-Gesellschaft» sowie Gründer und Teilhaber der grössten Goldminen-gesellschaft Südafrikas, der «Goldfields of South Africa Company». Rhodes entwarf mit Englands Unterstützung den imperialistischen Plan einer britischen Achse Kap-Kairo. Neben der Plünderung der neuen Kolonien — man vermutete reiche Goldvorkommen in Simbabwe, es galt als das sagenhafte Reich Salomons, das Goldland «Ophir» — war es Rhodes' und seines Staates Ziel zu verhindern, dass dessen Konkurrent Portugal seine eigenen Kolonien Mosambik und Angola mit Zentralafrika zu einem zusammenhängenden Kolonialgebiet vereinigen könnte. Simbabwe, später nach ihm «Rhodesien» benannt wurde eines der gequältesten Opfer dieser Absichten.

Im Jahr 1888 gelang es Rhodes' Agenten, den Matabele-König Lobengula, der ihnen zunächst eher misstrauisch begegnet war und sein riesiges Land verschloss, endlich zu überlisten — wie in so vielen anderen Fällen mit «kirchlicher Unterstützung» in Gestalt eines schon länger am Hof des Matabele-Herrschers lebenden Missionsars, der dabei als Übersetzer fungierte und den zu Recht argwöhnischen Lobengula schliesslich zum Abschluss eines «Freundschaftsvertrages» mit der britischen Regierung

überreden konnte, in dem diese «ewigen Frieden und Freundschaft zwischen der Britischen Majestät ihren Untertanen und dem Volk der Matabele» versicherte.

Den Matabele und ihrem König bekam die Versicherung ewiger imperialistischer Freundschaft so schlecht wie jede ähnlich kreidesüsse Werbung des Wolfes dem Schaf. Denn schon als ersten «Vertrauensbeweis» forderten die britischen Gesandten vom Matabele-König, den Agenten Rhodes' Schürfrechte für «keinen Schacht» zu geben. So wurde Lobengula die Unterschrift unter die sogenannte «Rudd-Konzession» entlockt deren wirklichen Inhalt er erst später begriff oder vielleicht auch nur begreifen wollte. Tatsächlich hatte er mit dieser Unterschrift (obwohl er mutmasslich weder lesen noch schreiben konnte) für 1000 Martini-Henry-Gewehre und 100 000 Schuss Munition, eine eigene Rente von monatlich 100 Pfund nicht zu vergessen, sein Land und Volk verkauft nämlich «die vollständige und ausschliessliche Vertigung über alle Metalle und Mineralien des Landes, zusammen mit der vollen Ernächtigung, alles zu tun, was nötig sein könnte, diese zu gewinnen, sicherzustellen und über sie zu verfügen, einzutreiben und sich an den Profitten aus den erwähnten Metallen und Mineralien zu erfreuen», an die Kolonialisten übertragen. Kurzum: der schwarze Häuptling verhielt sich zu den Kolonialisten haargenau so wie ein weisser Kommunalbeamter in der EU, besonders in deren deutschem Teil, gegenüber den US-«Heuschrecken», also dem Imperialismus. Da sage noch einer, Rassenunterschiede hätten Mentalitätsunterschiede zur Folge — ein echter Blödsinn!

Mit dieser erschlichenen «Erwerbung» in der Tasche gründete Rhodes durch Zusammenschluss der englischen Bergbaunopolie in Südafrika mit einem Aktienkapital von anfangs einer Million Pfund die

«British South Africa Company» (BSAC), die sogleich durch eine «Royal Charter» Englands in aller Form ermächtigt wurde, «Verträge mit Afrikanern abzuschliessen, das Land zu verwalten, Gesetze zu erlassen, eine Polizeitruppe aufzustellen, über das Land zu verfügen und das Monopol über Bergbau und Handel auszuüben».

Mit der nun zweifellos in diesem Sinn einsetzenden «profitablen» Verwaltung des Landes durch die BSAC unter Rhodes begann nicht nur die Ausbeutung seiner Bodenschätze, sondern die systematische Ausplünderung des ganzen Landes und seines Volks (denn irgend jemand muss ja «runter in den Schacht» und dort sind sprichwörtliche Neger sein, sonst sind sämtliche Schürfrechte wertlos), selbstredend stets unter dem Motto, «die Zivilisierung der Eingeborenen voranzubringen» — um Owellsch-verlogene Propaganda war der Imperialismus auch vor «Enduring Freedom» noch nie verlegen. Und es begannen jene schrecklichen neunzig Jahre, die das Volk von Simbabwe brauchte, um die kolonialen Blut-sauger endlich wieder abschütteln zu können.

Schon die ersten «Entdecker» der von Rhodes 1890 ausgerüsteten «Pioneer Column», 200 Goldsucher nebst 500 «Polizisten» der BSAC, wurden, obwohl sie nur die erwähnten Schürfrechte hatten, nicht nur mit dem Versprechen auf Schürfungen, sondern auch auf 12 km<sup>2</sup> Land für jeden angeworben; schon bei diesem allerersten Beutezug sollten also den Matabele von vornherein mehr als 8000 km<sup>2</sup> Land geraubt werden (wobei jedem Goldsucher gleich 9000 Pfund für «seinen» Landanteil angeboten wurden, der ihn damit in Sold umsetzen und das Land, das ihm nicht gehörte, wiederum an die BSAC selbst verschachern konnte).

Als Lobengula endlich begriff, wie er für eine Handvoll Dollar bzw. ein paar engli-

sche Pfund betrogen worden war, hatte er leider eine sehr schlechte Idee: Statt sie zu behalten und zu nutzen, schickte er Gewehre und Geld zurück und widersprach den Verträgen für die BSAC natürlich die Gelegenheit, sich gleichfalls des Vertrages zu entledigen und den militärischen Überfall auf den Matabele-Staat vorzubereiten und dann einen Vorwand zu provozieren. Der folgende völlig ungleiche «Krieg», bei dem die Opfer zuvor auch noch ihre besten Waffen abgegeben hatten, war in weniger als 3 Monaten vorbei. Die Bilanz: Tausende von Verteidigern wurden getötet die Königsstadt Bulawayo bestand nur noch aus rauchenden Ruinen, die Ernte war niedergebrannt Lobengula starb auf der Flucht. Den Matabele wurden — selbstverständlich als «Kriegsentschädigung», klingt doch gleich viel besser, nicht wahr? mehr als 90 Prozent ihres Viehs beschlagnahmt sie starben an Pocken oder verhungerten völlig verarmt, weil sie oft genug sogar an neuer Aussaat gehindert wurden (denn solange Menschen sich selbst ernähren können, gehen sie ja nicht «runter in den Schacht»).

Nachdem der «zivilisatorische Fortschritt» solcher Massen gesichert war, wurde die Beschaffung von Zwangsarbeitern für die Goldminen zur neuen Hauptaufgabe der «Eingeborenenpolizei» der BSAC. Denn noch waren die afrikanischen Bauern und Viehzüchter ja frei, noch waren sie auch dem «Zwang des Marktes» nicht unterworfen, noch konnte man der nächsten Ernte entgegenhungen, da einen die Hoffnung am Leben hielt, der Lohnarbeit zu entgehen. Doch daraus wurde nichts: mit vorgehaltenen Gewehren wurden sie in die Bergwerke getrieben. «Unser Land ist verloren, unser Vieh ist weg, unser Volk ist verstreut wir haben nichts mehr zum Leben, unsere Frauen verlassen uns, der weisse Mann treibt mit ihnen, wozu er Lust hat. Wir sind

seine Sklaven, wir sind niemand und haben keine Rechte oder Gesetze irgendwelchen Art» – so die überlieferte Beschreibung eines Matabele zu der Lage seines Volkes. Andere Nachbarvölker wie die Mashona beklagten das gleiche Schicksal: «Die Matabele haben uns einmal im Jahr geplündert die Weissen tun es jeden Tag.»

Diese verzweifelte Situation führte, als die Umstände günstig schienen, weil die BSAC-Truppen im März 1896 vorübergehend abzogen<sup>4)</sup>, zum ersten bewaffneten Volksaufstand in Simbabwe. Die Matabele erhoben sich, die Mashona folgten sofort Festungen und Farmen der Kolonialisten wurden überfallen und zerstört Männer, Frauen und Kinder nahmen am Kampf teil. Aber die militärisch weit überlegenen Engländer, die zudem von Uneinigkeiten ihrer Opfer profitierten, begegneten dem Aufstand *more Romanorum*: die Siedlungen der Verteidiger wurden mit schweren Geschützen zusammengeschossen, jeder «Nigger bei Sicht abgeknallt und auf fliehende Eingeborene geschossen, bloss weil sie schwarz waren» (wie es die Siedlerzeitung «Matabele Times» schrieb), Höhlen, in die sich Mashona-Familien geflüchtet hatten, mit Dynamit gesprengt. Als unter dem Gemetzel ein Teil der afrikanischen Führer kapitulierte, brach der Aufstand zusammen. Die noch Widerstand leistenden Führer der Mashona wurden demonstrativ gehängt, soweit sie nicht aus dem englischen Machtbereich fliehen konnten. Der Ärger der Kolonialisten erlosch freilich nicht so schnell, und weisse Söldnertruppen führten noch regelrechte Treibjagden auf die sozusagen fdGO-feindlichen Schwarzen durch, als der Aufstand schon längst erstickt war.

Nachdem mit der Niederschlagung des ersten Befreiungskampfes die Macht

der Kolonialherren in Simbabwe erst einmal gesichert war, folgte eine weisse Landnahme: den übriggebliebenen 500 000 Simbawern wurden Reservate zugeteilt nach einem Gesetz von 1902 etwa ein Fünftel der knapp 400 000 km<sup>2</sup> Landesfläche, den etwa 11 000 ins Land eingedrungene Europäern vier Fünftel des Landes. Der Zwang durch die Gewehre zur Arbeit in den Minen und auf den Ländereien der Siedler wurde als eine Art säkularer *dshizya* – Islamkennner wissen Bescheid – durch die Einführung verschiedener Steuern und Abgaben «zivilisiert» (die im Verweigerungsfall freilich wieder mit denselben Gewehren eingetrieben wurden), zu deren Bezahlung die Schwarzen *Geld benötigt*, sie also zur Lohnarbeit gezwungen waren. (Auch in Europa hatte diese löbliche Einrichtung etwa vierhundert Jahre zuvor nur mit analogen Methoden zur Existenz gebracht werden können.) So erlangte man eine im Lauf der Zeit mehrfach erhöhte «Hütten- oder Kopfsteuer» für jeden Simbawer<sup>5)</sup>, dazu kamen verschiedene andere Steuern, Wasserteuer, Steuer dafür, das Vieh durch ein Bad desinfizieren zu dürfen, Hundesteuer, Weidegebühren, Ehegebühren. Auch konnten die neuen Landbesitzer von den Simbawern Pacht erheben, die darüber hinaus auf deren Ländereien zeitweise umsonst Fronarbeiten leisten mussten – ganz pingelig müssen Kapitalismus und Feudalismus ja nicht immer und überall getrennt werden, dank Imperialismus und Kolonialismus lassen sie sich manchmal kombinieren.

Die BSAC, die sich 1898 auch das nördlich des Sambesi liegende Barotseland angeeignet hatte<sup>6)</sup>, förderte mit solcherlei «Anreizen» die weitere weisse Besiedlung Simbawes. Neuankünfte erhielten grosse Landflächen, Tausende Siedler, Farmer und Händ-

ler kamen ins Land. Gleichzeitig wurden durch den Burenkrieg, in dem die Engländer Wort und Sache der «Konzentrationslager» erfanden (Hitler war's diesmal nicht) und dort erstmals grosse Teile der gegnerischen Bevölkerung interniert, auch die Burenstaaten und damit insgesamt der grösste Teil Südafrikas britisch. Aber bald schon begannen sich die Räuber – die BSAC und die weissen Farmer, die sich nicht mehr von ihr beworunden lassen wollten – zu streiten: In einem Referendum über die Zukunft «ihres» Landes stimmten die weissen Siedler – die zu dieser Zeit ca. 900 000 Schwarzen wurden selbstverständlich nicht gefragt mehrheitlich für die Selbstverwaltung innerhalb des Kolonialsystems. Grossbritannien bezahlte daraufhin an die BSAC eine immense Ablösesumme zur Entschädigung ihres «Verwaltungsaufwandes», etwa als wäre sie eine Grossbank unserer Tage, und Südhodesien wurde 1923 offiziell zur britischen Kolonie.

An der Situation der Schwarzen ändert dies nichts. Im Gegenteil, ihr Elend und ihre Rechtlosigkeit nehmen zu: Der Landraub wird «gesetzlich» festgeschrieben und verschärft vor allem durch das Landverteilungs-gesetz (Land Apportionment Act) von 1930, das die strikte Aufteilung des Landes in «europäisches Gebiet» mit den ertragreichen und «Eingeborenen-Reservaten» mit den kümmerlichsten Böden festlegt. Das verhasste Passgesetz von 1936 verpflichtet jeden männlichen Afrikaner, immer seinen Pass bei sich zu tragen, der Name, Herkunft und Arbeitsplatz ausweist im eigenen Lande reisen dürfen Afrikaner nur noch mit Berechtigungs-schein (wäre das nicht prima für die «Umwelt»? – man darf ja fragen, nebenbei), bei Zuwiderhandlungen droht Zwangsarbeit. Durch den «Native Land Husbandry Act» von 1951 wird der schwarzen Landbevölkerung nur noch eine minimale Landwirtschaftsfläche

und wenige Stück Vieh gestattet was wie beabsichtigt massenhafte Landflucht auslöst und den Bergbaumonopolen neue billigste Arbeitskräfte verschafft. Stadtbewohnern wiederum wird jeder Landbesitz untersagt was sie noch abhängiger von der täglichen Lohnern-pressung macht. Die schwarzen Arbeiter werden in sogenannte Townships umgesiedelt in denen nachts Ausgangssperre herrscht und Besuche genehmigungspflichtig und nur zu bestimmten Zeiten erlaubt sind, in «weissen» Krankenhäusern, Schulen, Hotels, Kinos dürfen sich Schwarze überhaupt nicht aufhalten (es sei denn als Lohnsklaven), es herrscht eine strikte Rassentrennung in allen Lebensbereichen. Kurzum: Wenn Peter Weiss in seinen Notizbüchern das Rhodesien dieser und der folgenden Jahre einen der «furchtbarsten Pestherde dieser Welt» bezeichnete, so wusste er, warum.

Mit dem Zweiten Weltkrieg war Simbabwe als Rohstoffland für die imperialistischen Staaten noch interessanter geworden: es ist überaus reich an Chrom, Nickel, Kupfer, Platin und Asbest und besitzt daneben etwa grosse Vorkommen des im Flugzeugbau benötigten Lithiums. Auch der Wert der Agrarproduktion vervielfachte sich, zeitweise war Simbabwe zweitgrösster Tabakexporteur nach den USA. In den 1960er Jahren wurde die BSAC von der «Anglo American Corporation» aufgekauft, welche seither den Rohstoffabbau sowohl in Südafrika als auch in Simbabwe kontrollierte. Aber noch zahlreiche andere US-Konzerne waren seither im Geschäft die «Union Carbide Corporation», die den grössten Teil des Gesamtchromabbaus betrieb, die «Footie Mineral Company» und die «Colt Industries», so dass vor allem die USA nun ihre gierigen Finger in Simbabwe hatten und die eigentlichen «Nutzniesser» der Su-

perpöfite auf dem Rücken der Schwarzen waren.

Deren Widerstand gegen die kolonialistische Ausplünderung kann sich unter den wütenden Bedingungen nach der Niederschlagung des ersten Chinuenga zu nächst nur zögernd neu formieren. Doch erste Erfolge werden erreicht als es gelingt durch mehrere Streiks von 1945 bis zu einem von der Eisenbahngewerkschaft organisierten landesweiten Streik im April 1948 immerhin eine Festsetzung von Mindestarbeitslöhnen zu erkämpfen. Ein Streik von 9000 afrikanischen Arbeitern der Kohlebergwerke von Wanke zwingt das Kolonialregime sogar, den Notstand auszurufen und Truppen zu schicken. Inzwischen werden auch in den benachbarten britischen Kolonien die Forderungen der Schwarzen nach Mitbestimmung bis Gleichberechtigung stärker. Der Versuch Grossbritanniens, durch eine Vereinigung der Kolonien Niassaland (heute Malawi) sowie Nord- und Südrhodesien zur Zentralafrikanischen Föderation seine Kolonialherrschaft zu stabilisieren, stösst auf den Widerstand der überwältigenden schwarzen Bevölkerungsmehrheit der immer weiter anwachst – nicht jeder mag EU, auch keine schwarze. (Denn in einem Vielvölkerstaat an fremder Leine, wahlweise auch unter einem Kaiserhaus, lassen sich die zurückgebliebenen Teile im Aufstandsfalle immer gegen die ungehorsamen einsetzen.) Nach grossen Streiks wird 1959 der Ausnahmezustand erklärt und der schon 1943 gegründete südrhodesische *African National Congress* (ANC) unter seinem Führer Joshua Nkomo verboten. 500 Aktivisten werden verhaftet Nkomo entgeht dem nur, weil er sich gerade im Ausland aufhält. 1960 wird von Nkomo, Robert Mugabe und anderen als Nachfolgepartei des aufgelösten ANC die *National Democratic Party*

(NDP) gegründet die die rechtliche Gleichstellung und das Wahlrecht für Schwarze («one man — one vote!») und damit die politische Macht fordert. Massenstreiks und Demonstrationen veranlassen England, das seine kolonialen Felle in Gefahr sieht und «vermitteln» will, 1961 zur Einberufung der ersten Londoner Verfassungskonferenz. Der schwarzen Bevölkerungsmehrheit von 95 Prozent werden 15 der 65 Parlamentsitze angeboten (schöne «Vermittlung»!). Als Nkomo das ausschlägt wird im gleichen Jahr auch die NDP verboten. Aber der Widerstand lässt sich nicht ersticken, da die Imperialisten zu jener Zeit Lenin und Trotzki sei Dank, noch nicht allein auf der Welt sind, die neu gegründete ZAPU (*Zimbabwe African People's Union*) setzt den Kampf fort. Sabotageakte und Boykottaufrufe für die Parlamentswahlen im Dezember 1962 führen wiederum zu Massenverhaftungen und zum Verbot der ZAPU durch die weisse Regierung. Nkomo geht ins Exil, seine Mitkämpfer in den Untergrund. Da sich die von der ZAPU propagierte Hoffnung auf internationale Unterstützung eines «gemässigten» Freiheitskampfes nicht erfüllt gründen ein Teil der afrikanischen Führer die *Zimbabwe African National Union* (ZANU), die unter Führung von Mugabe, Sithole, Malanga und Takawira den bewaffneten Kampf gegen das Kolonialregime aufnimmt.

Aufgrund des anhaltenden Widerstands bricht zum Jahreswechsel 1963/1964 die Zentralafrikanische Föderation auseinander; Nordrhodesien wird von Grossbritannien als Republik Sambia in die Unabhängigkeit «entlassen» (mit einem riesigen Berg Staatsschulden, die auch für zukünftige Abhängigkeit sorgen sollen; diese Technik steckte individuell übrigens auch hinter den verblüffend vielen römischen Sklavenfreilassungen), kurz darauf Niassaland als Republik Malawi. Nur Südrhodesien/Sim-

habwe wird wieder zur Kronkolonie zurückgestuft, und dort beginnt nun wahrlich ein Scheissspiel: Grossbritannien fordert als Voraussetzung für die Unabhängigkeit eine Regierungsbeteiligung der Schwarzen – auf einmal, als ob es den Engländern darum gegangen wäre –, wozu die *Rhodesian Front* der weissen Siedler, «empört» über die Londoner Forderungen, erwartungsgemäss nicht bereit ist. Im August 1964 werden die ZANU und ZAPU erneut verboten, viele Aktivisten, darunter auch Nkomo und Muga-be, eingekerkert. Wer der Polizei entkommt geht in den Untergrund. Die Rhodesian Front verhängt über das Land den Ausnahmezustand, und am 11. November 1965 erklärt sich Südrhodesien – nachdem England freundlicherweise signalisiert hat, gegen einen solchen Schritt nicht militärisch vorzugehen – einseitig für unabhängig. Und so geht das abgekartete Scheissspiel weiter: Wie versprochen, «scheut» sich England einzugreifen und verhängt nur einen halbbliebigen «Wirtschaftsboykott», der aber – ganz im Unterschied zum heutigen Boykott Simbawesi – dort eher zu einem Wirtschaftsboom führt, da die noch unterweisser Herrschaft stehenden Nachbarländer Portugiesisch-Mosambik und Südafrika das neue Regime unterstützen. Als immer offensichtlicher wird, dass die – heute nur noch gegen die Souveränität unliebsamer Regierungen beschworene – «internationale Statengemeinschaft» in diesem berechtigten Fall keineswegs irgendeinen wirkamen Druck auf die weisse rhodesische Regierung ausüben will, bricht im Frühjahr 1966 der zweite bewaffnete Befreiungskampf (Second Chinuenga) aus.

Im ganzen Land kommt es zu Guerillaaktionen und Kämpfen. Zunächst sind die weissrhodesischen Streitkräfte den Befreiungskämpfern überlegen, aber die Truppen

der ZANU und ZAPU erhalten Unterstützung von der mosambikanischen Untergrundbewegung FRELIMO, der UdSSR und der Volksrepublik China (das also war, wie immer, der kleine Unterschied zwischen Freiheitschance und Weltknechtschaft). Um den Schein zu wahren und weil die «halstarrige» Rassistenregierung beginnt, den Übergang vom klassischen zum Neokolonialismus zu stören und durch ihre drohende Niederlage die Entstehung eines ernsthaft souveränen erstens zum Westblock in Konkurrenz stehenden, zweitens ein «schlechtes» Beispiel setzenden Staates heraufzubeschwören, verhängt auch die UNO 1968 schliesslich einen Wirtschaftsboykott gegen Südrhodesien – denn offen als US-Gesangsverein aufzutreten, fällt ihr damals noch schwer, sie klemmt seit den letzten Iraküberfällen noch heute manchmal aus diesem Grund, die Ex-Kolonien, jetzt als Staaten in ihr vertreten, könnten unter verfrühten Druck ihrer Völker geraten, und bevor es einen farbigen US-Boss gibt, röche ungeschminktes Mitmachen bei der Verteidigung oder offenen Duldung imperialistischen Erbes zu rassistisch, könnte also ein propagandistisches Eingentor werden. Natürlich musste ein solcherart motivierter Boykott eine halberzige Sache werden; er wird «liberal» umgangen, unter anderem von Deutschland, besonders demonstrativ aber von den USA: Am 10. November 1971 verabschiedet das Repräsentantenhaus den §503 des US-Militär-Beschaffungsgesetzes, der, in einem ganz anderen Verhältnis zu «UNO-Sanktionen» als bei anderer Stellung der Kaleidoskopsteinchen, den amerikanischen Firmen die Einfuhr von südrhodesischem Chrom, Kupfer, Asbest, Mangan und Nickel ausdrücklich erlaubt!

Da zu jener Zeit zum Leidwesen Uncle Sams die Sowjetunion und mit ihr das se-

gensreiche atomare Patt noch existiert, hört der Freiheitskampf Simbabwes nicht auf. In den Randgebieten des Landes tobt der Buschkrieg, die Rebellen fallen von ihren Camps aus den Nachbarländern fir Sabotageakte und Anschläge in Simbabwe ein. Bald dienen Tausende Frauen und Kinder den Befreiungskämpfern als Nachrichtenübermittler oder zur Organisation des Nachschubs. Die weisse Armee terrorisiert die Zivilbevölkerung: um die Unterstützung der Guerillatruppen zu unterbinden, verhängt die Regierung Kollektivstrafen gegen das Volk. Hunderttausende werden in den 70er Jahren in schwerbewachte Lager zwangsumgesiedelt und misshandelt. Der geringste Verdacht der Kooperation mit den Rebellen kann zur öffentlichen Exekution führen. Um die Loyalität der Bevölkerung gegenüber den Befreiungskämpfern zu brechen, lässt Jan Smith, der international vorsichtig isolierte, doch tolerierte und von USA, wie wir gelesen haben, ökonomisch gestützte Staatschef, die Terrorinheiten der Selous Scouts, verkleidet als «Guerillakämpfer», in geheimen Einsätzen Terrorüberfälle gegen die Zivilbevölkerung verüben. Aber seine Armee muss an den eigentlichen Fronten immer häufiger Niederlagen einstecken, und schliesslich sieht sich Smith gezwungen, die fahrenden Oppositionspolitiker, u. a. Nkomo, Sithole und Mugabe, aus der Haft zu entlassen, die im Dezember 1974 ihre Parteien in Sambias, also des ehemaligen Nordrhodesiens Hauptstadt Lusaka zu einem erweiterten ANC vereinigten.

Lassen wir die weiteren Einzelheiten des noch fünf weitere Jahre zeitweise schwellenden, zeitweise brennenden, von faulen «Kompromiss»-Angeboten der Kolonialisten und ihrer Schutznächte immer wieder in die Länge gezogenen, ansonsten erbitterten und für die Befreiungsbewegung gegen einen militärisch überlegenen Gegner mit hohen Blutopfern verbundenen Kampfes auf sich beruhen. Entscheidender war die Lage im gesamten Süden Afrikas, in der sich dieser Kampf abspielte: Denn der Befreiungskampf in Simbabwe stand nicht allein, er hatte alle Länder der Region erfasst: in den portugiesischen Kolonien Mosambik und Angola war er schon erfolgreich gewesen und hatte sogar den Sturz des portugiesischen Faschismus bewirkt<sup>7)</sup>, in Namibia kämpfte die SWAPO (*South West African People's Organization*), und auch Südafrika musste eine Ausweitung des Befreiungskampfes aus den Nachbarstaaten auf sein Land fürchten. Denn, für jüngere Leser nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion fast nicht mehr vorstellbar und doch erst wenige Jahrzehnte her und einer ruhigen Erinnerung wert, die Umstände waren *keineswegs* immer so elend und hoffnungsarm wie heute: die Befreiungskämpfer konnten nicht einfach militärisch plattgewalzt und umgebracht werden, wie es heute fast zwangsläufig und deprimierend selbstverständlich erscheint, sie fanden Unterstützung durch die UdSSR, durch Kuba (das fast im Alleingang Angola herausriss! – die SU war schon damals sehr unzuverlässig, China direkt böseartig, musste aber Unterstützung wenigstens heucheln) und Nordkorea. Aber auch in Deutschland – in Schröder/Merkels gleichgeschaltetem Berufsverbote- und Raubstaat nur noch ebenso schwer vorstellbar – herrschte bei einem damals noch messbar grossen, eben dem besten Teil des Volkes trotz aller wie heute hetzenden Regierpropaganda eine verbreitete Sympathie nicht nur für den Kampf der Vietnamesen gegen deren US-Besatzer, sondern auch für den der südafrikanischen Völker für Freiheit und Selbstbestimmung. In vielen Veranstaltungen zur Lage in Simbab-

we<sup>8)</sup> (es war auch eine Zeit vorallgegenwärtigen Raunverböten) sprachen Freiheitskämpfer aus dem Land selbst – unter anderem auch Robert Mugabe, der Präsident der ZANU. In solchen Versammlungen war der Ruf: «Mu-ga-be, Zu-gabe!» in vieler Munde – schon dies lässt einige Gründe für den Hass erahnen, der ihn bis heute verfolgt. Es gab noch ein breites öffentliches Interesse am politischen Weltgeschehen, die Solidarität mit dem Befreiungskampf und

die Hoffnung auf seinen Erfolg waren noch nicht von selektiv sprachlosen «Friedens-täubchen» und weissen «Bettlaken gegen Gewalt» begraben, nicht nur für dringend benötigte Medikamente und medizinisches Material wurde erfolgreich gesammelt sondern auch für Traktoren, LKWs und Waffen für die Befreiungsbewegungen. Man verleihe Bilder solcher Veranstaltungen als Dokumente aus einer besseren Zeit mit der bleiernem Sticluff der Gegenwart<sup>9)</sup>:



Kundgebung während der Genfer Verhandlungen, Frankfurt 1976. Auf Einladung des KBW sprachen mehrere Vertreter der ZANU.

Der simbabwische Befreiungskampf war militärisch nicht mehr niederzuschlagen. Als auch die letzten Versuche der Rassistregierung fehlgeschlagen waren, die Herrschaft der Weissen durch die Einsetzung eines kollaborationswilligen schwarzen Pfaffen namens Muzorewa zum ersten schwarzen Premierminister aufrechtzuerhalten, sah sich die englische Thatcher-Regierung gezwungen, die «streitenden Parteien» zu erneuten «Verhandlungen» nach London einzuladen. Dort wurde schliesslich am 21. Dezember 1979 das sog. Lancaster-House-Friedensabkommen unterzeichnet.

Der Befreiungskrieg hatte schätzungsweise 40 000 Todesopfer gefordert, weit über 100 000 waren kriegsversehrte nun

aber wurde ein Waffenstillstand vereinbart ebenso eine Amnestie für die Rebellen und die Abhaltung von Wahlen. Robert Mugabe wurde allgemein als Held und Friedensstifter gefeiert. Allerdings hatte die Sache einen eingebaute Haken: er musste einer «Verfassung» zustimmen, die den Weissen (3% der Bevölkerung!) noch lange zahlreiche Privilegien gewährte: 20 der 100 Parlamentssitze waren ihnen für 7 Jahre garantiert; für Verfassungsänderungen sollte sogar für 10 Jahre eine weisse Sperrminorität bestehen. Vor allem aber sollte eine Landenteignung der Weissen, die nach dem jahrzehntelangen Raub immer noch die erdrückende qualitative wie quantitative Mehrheit aller Ländererben besassen, frühestens nach 10 Jahren möglich sein, wobei

Ein Traktor für die ZANU  
von einem Bauern aus Nord-  
deutschland



sich England im Gegenzug verpflichtete, nach diesem Zeitraum die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, um die weisen Siedler zu entschädigen.

Dass sich die Befreiungskämpfer auf diese Bedingungen einliessen, nachdem Tausende von Schwarzen für Freiheit und Gleichberechtigung ihr Leben gelassen hatten, ist wiederum nur vor dem Hintergrund der weltpolitischen Zeitumstände zu verstehen: Anfang der 1970er Jahre handelte der deutsche Berufsverbote-Kanzler Brandt im US-Auftrag mit der Sowjetunion die gefeierten Ostverträge aus (nur dafür hatte «man», d.h. die damals ausschliesslich für diesen Zweck unterhaltene FDP, ihn als Kanzler eingesetzt die Wahlergebnisse waren die gleichen geblieben, aber eine weitere CDU-Regierung, diesmal mit dem Auftrag der «Ostverträge», hätte jene Partei geschwächt und einer vom Ausland unabhängigen deutschen Rechten Auftrieb gegeben). Deren Inhalt kann kurz dahingehend zusammengefasst werden, dass die USA den seit Ende des Zweiten Weltkrieges an der Westgrenze der Sowjetunion und in ihren europätschen Satellitenstaaten bestehenden «Krisenherd» entschärfen sollten, um hier der Sowjetunion «Ruhe» zu

verschaffen, sie selbst sollte dafür ihrerseits auf die weitere Unterstützung ihrer freundlich gesonnener Regierungen und Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt verzichten, also ein klassischer Linsengericht-Vertrag.<sup>10)</sup> Für die bis dahin, jetzt aber nicht mehr von der Sowjetunion unterstützten Freiheitskämpfer hatte der Kuhhandel der Ostverträge natürlich eine verheerende Wirkung: Namibias SWAPO wurde von Südafrika gebrochen, Angola wurde nur noch, wenn auch aufopferungsvoll und sehr uneigennützig, durch das kleine Kuba unterstützt, und auch Mugabe fand weniger Hilfe, weshalb er jetzt gezwungen war, auf die «Angebote» Englands einzugehen. Man sollte sich ruhig einmal die Phantasie gestatten, wie die Geschichte weltweit verlaufen wäre, wenn statt dessen ein unter einem sowjetischen Atomschirm stehendes, unabhängiges südliches Afrika entstanden wäre, dessen Staaten selbstbewusst und souverän gegenüber ihren ehemaligen Kolonialherren wie auch den glengen USA hätten auftreten können. Wer weiss – vielleicht würde sogar die UdSSR selbst noch existieren, und die USA müssten wie zuvor jedenfalls immer ein bisschen Kreide fressen und

könnten heute vielleicht nicht jedes Land, das ihrer Regierung nicht gefällt, ins Mittelalter zurückbomben ...

Doch verlassen wir wieder das Reich der Phantasie: Die im Lancaster-House-Abkommen versprochenen Wahlen fanden im Februar 1980 statt. Bei einer Wahlbeteiligung von über 93% ging der überragende Sieg mit 62,9% und 57 Parlamentssitzen an Mugabe und seine ZANU, zweitstärkste Partei war mit 24,1% und 20 Parlamentssitzen Nkomos ZAPU, grosser Verlierer wurde der von den Weissenen zum Kollaborateur auserkorene Pfaffe Muzorewa, dessen Partei gerade 3 Sitze bekam. Robert Mugabe wurde Premierminister, die unabhängige Republik Simbabwe ausgerufen, die Hauptstadt Salisbury umbenannt in Harare.

Unter der Regierung von Robert Mugabe, der in den Gefängnissen des rassistischen Rhodesien sieben Universitätsabschlüsse erworben und sich jahrzehntelang mit seinen gesamteten Leben für ein unabhängiges Simbabwe eingesetzt hatte, kam der Reichtum des Landes erstmals nicht mehr den kolonialistischen Blutsaugern, sondern seiner Bevölkerung zugute. Eine Zeugnissquelle jener Zeit, die sicher keiner parteilichen Sympathie für Mugabe verdächtig war und jedes Haar in der Suppe bestimmt lange auf der Zunge herumgeschoben hätte, die «Neue Zürcher Zeitung» aus dem Jahr 1994, schrieb: «Anerkennung verdient auch, was Simbabwe im Sozialbereich erreicht hat, besonders auf den Gebieten Wohlfahrt, Bildungs- und Gesundheitswesen. Die Grundschulausbildung ist für alle kostenlos, die Einschreibungen für eine weiterbildende Ausbildung haben sich seit 1987 verdacht so dass mittlerweile drei Viertel aller Kinder in den Genuss einer umfassenden Bildung kommen. Für ärmere Familien ist die Krankenversicherung kostenlos. Eine Vielzahl neuer Kliniken wurde eröffnet und die Gebur-

tenkontrolle ist besser denn je: laut Weltbank hat Simbabwe das bestentwickelte System der Geburtenkontrolle auf dem afrikanischen Kontinent.»<sup>11)</sup> Die Investitionen der Regierung in das Bildungs- und Gesundheitswesen zahlten sich aus, die Wirtschaft erholte sich und begann zu florieren, die früher unterdrückten Kleinbauern sorgten für Rekord-Maisernten, wer damals nach Simbabwe reiste, traf ein für afrikanische Verhältnisse entwickeltes, wohlhabendes Land an.

Dabei hatte Mugabe im Innern durchaus auf «Versöhnung» mit den Weissenen<sup>12)</sup> und nach aussen auf eine Zusammenarbeit mit dem Westen gesetzt. Aber die Abhängigkeit von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) brachte dem Land nicht nur Kredite, sondern ab 1990 (!sic!) auch vom IWF zusammen mit der US-Regierung entwickelte und zwangsweise durchgesetzte «Struktur Anpassungsprogramme», die die Bevölkerung zugunsten der internationalen Schuldverpflichtungen ausbluten und die Versorgung des Volkes selbst auf dem möglichst niedrigen Niveau einer Subsistenzwirtschaft festnageln sollten. Mugabe, der sich, weil das Land auf Kredite angewiesen war, zunächst sogar hierauf eingelassen hatte, war jedoch ab Ende dieser 1990er Jahre nicht mehr bereit die massiv in die Selbstverwaltung des Landes eingreifenden und zu neuem Elend der Bevölkerung führenden US-Diktate zu erfüllen. Damit war er der Bösewicht und zweite Hitler, und sofort suspendierte der IWF 1999 seine Programme in Simbabwe und schloss das Land im September 2001 von weiteren Krediten aus.<sup>13)</sup>

Aber auch die im Lancaster-House-Abkommen vereinbarten 10 Jahre, nach denen die aus der Kolonialzeit zwangsweise mitgeschleppten, schreiend ungerechten Landverhältnisse geändert werden sollten,

waren längst um! – doch auf die im Vertrag zugesicherten britischen Finanzmittel für die Landreform wartete Simbabwe vergeblich. Die BlairRegierung schiss in aller Offenheit auf das Abkommen und dessen Kernpunkt, nämlich die finanzielle Unterstützung bei der Entschädigung der Weissen für die Landrückführung an die schwarze Bevölkerung. Und sie schiss darauf mit dem nur Sozialdemokraten eigenen Zynismus. So schrieb Clare Short, Blairs «Entwicklungshilfeministerin», im November 1997 an Mugabe: «Wir sind eine neue Regierung von ganz anderer Herkunft und ohne Verbindung zu früheren kolonialen Interessen. Ich selber stamme aus Irland, und wie Sie wissen, waren wir selber ein Land der Kolonisierten, nicht Kolonialherren.» Jeder andere noch so schäbige Vorwand wäre genauso recht gewesen, und selbst die hartgesotene Westpresse kam nicht umhin, den vertragsrechtlichen Verrat als solchen zu bezeichnen.<sup>14)</sup> Wenn Mugabe Blair einen «kleinen arroganten Jungen» nannte, so traf dies die Sache also nur zum Teil: In diesem Fall war er vor allem ein Betrüger, der mit internationalen Verträgen nach Yankee-Art umging. All dies gab den Anlass, dass Mugabe Ende der neunziger Jahre endlich ernst zu machen begann mit der Landreform, die doch das Hauptziel des ganzen opferreichen Freiheitskampfes gewesen war, und den dazu nötigen Landenteignungen, welche nun eben ohne finanzielle Unterstützung durch England oder die USA und ihres IWF straffänden, dafür aber auch ohne Entschädigung ihrer weissen Schützlinge.

Damit ist der Zeitpunkt gekommen, an dem sich der US-Präsident jener selbstemanantierte globale Grausäter von allem Wahren, Schönen, Guten und den Menschenrechten noch dazu, gesetzlich ermächtigt, ab jetzt «demokratische Institutionen, die freie Presse und



*Im antiimperialistischen Widerstand seit eh und je: Robert Mugabe 1977 und 2007*

unabhängige Medien» zu «unterstützen» – in einem Land, das ihn nichts angeht und das ihm nichts getan hat; dies ist der Zeitpunkt in dem eine an seiner Leine geführte EU beschliesst, es sei nun «Zeit für Mugabe zu gehen». Und genau seit diesem Zeitpunkt wurde Mugabe endgültig und gebetsmühtig zum «Diktator», zum «Staterroristen», zum «Hitler des 21. Jahrhunderts».

Der Rest ist monoinperialistische Routine, die nach ihrer erfolgreichen Anwendung im Fall Jugoslawiens in der US-Regierung ganz offen unter der Bezeichnung «Milosevic-Plan» firmiert und die im wesentlichen in der Kombination verschiedener «Massnahmen» – genau genommen zwei Komplexen von Massnahmen – zur Untergrabung jeder beliebigen Regierung besteht:

Erstens: Scharfer und möglichst lukkenloser äusserer Druck, vom teilweisen bis zum vollständigen Handelsboykott und sonstigen Sanktionen zur Aushungerung eines Staates und langfristiger Zerstörung seiner Wirtschaft (wie in Simbabwe) bis hin zum Bombenüberfall zur direkten Zerstörung jeder wirtschaftlichen Infrastruktur wie seinerzeit in Jugoslawien oder im Irak. Schon ein jahrelanger, völliger Wirtschaftsboykott unter erzwungener Beteiligung der ganzen Welt kann jedes, auch ein reicheres Land ins Elend treiben und

meist auch in die Knie zwingen; erst wenn dies nicht ausreicht, kommen die Bomber. Diesen Wirtschaftsboykott gab es gegen Simbabwe, lange bevor im Januar 2005 die Yankee-Ministerin Rice Simbabwe zum «Vorposten der Tyrannei» erklärte und bevor die USA, die EU und Australien gegen Mugabe und die anderen Angehörigen der simbabwischen Führung Reisesanktionen verhängten und ihnen die Einreise in alle ihre Staaten untersagten und in diesen Staaten alle ihre Konten «einfroren», d. h. raubten.

Zweitens: Organisation bzw. Kauf und Finanzierung einer inneren «Opposition» (meist über sogenannte Nichtregierungsorganisationen, NGOs, auch die Kirche bietet sich als schon über alle nötigen Organisationsstrukturen verfügendes U-Boot hier immer besonders an, vor allem wenn man ihren exponiertesten Vertreter wie dem Pfaffen Tutu vorher zusätzlich noch den weltlichen Heiligenschein eines Friedensnobelpreises verpasst hat), die die Unzufriedenheit und Verzweiflung der Bevölkerung wegen der Wirtschaftsblockade und des herbeiboykottierten oder -gebombten Elends gegen die eigene Regierung kanalisieren soll, um diese – je nach Bedarf unter lautem und von der Auslandspresse verstärktem und unendlich wiederholten Geschrei vom «Wahlbetrug» – schliesslich zum Rücktritt zu zwingen.

Nichts anderes als ein solcher am imperialistischen Finanztropf hängender Homunkulus (der deshalb eine wirksame Landreform, wie sie Mugabe fordert, natürlich auch ablehnt) ist die vom Westen nicht nur finanzierte, sondern auch propagandistisch geführte und ausgestattete simbabwische «Oppositionsbewegung» und das unter dem Schlachtruf «Genug ist genug!» antretende Anti-ZANU-Bündnis MDC (*Movement*

*for Democratic Change*) mit seinem aus der Presse sattem bekanntem «armen, unterdrückten, ständig von Gewaltexzessen bedrohten Oppositionsführer» Tsvangirai.

Robert Mugabe verkörpert dagegen in seiner Person den langen, aber schliesslich erfolgreichen afrikanischen Freiheitskampf gegen die koloniale Ausbeutung oder, wie es ein anderer afrikanischer Führer jüngst ausdrückte: «Mugabe ist Afrika». Er verkörpert die nationale Souveränität Simbawes – ebenso wie Saddam Hussein die des Irak, bei allen Unterschieden, die sonst bestehen mögen. An diese nationale Souveränität einzelner Staaten, deren Reste im globalen Imperium Americanum weltweit unter den US-Stiefel getreten werden, wird er Freunde und Feinde immer erinnern. Ihre und seine Freunde begrüssen Mugabe bei entsprechenden Anlässen daher bis heute regelmässig immer noch mit «standing ovations», seine und jeder nationalen Souveränität leider mächtigen Feinde hingegen werden ihm dafür auf ewig mit ihrem Hass verfolgen.

Gezungen durch das furchtbare Elend, das die Sanktionen des Westens über sein Land gebracht haben, musste Robert Mugabe inzwischen einer sogenannten «Einheitsregierung» zustimmen und, nach einer nochmaligen Verschärfung dieser Wirtschaftssanktionen Anfang dieses Jahres, Tsvangirai als Regierungschef akzeptieren – den Anfang vom Ende der erkämpften Unabhängigkeit.

Die Welt braucht wieder eine Sowjetunion, nur diesmal eine bessere und stärkere. Sie hat 1990 nicht weniger als acht-hundert Jahre verloren und muss von vorne anfangen.

*Ich möchte mit einer persönlichen Empfehlung schliessen: Keine Frage, Simbabwe geht es im Moment wirtschaftlich sehr schlecht, die Inflation ist hoch, es gibt kaum Benzin; aber dennoch kann ich nur jedem Afrikaniehaber raten, dieses wunderschöne Land mit seinen grossartigen Naturschutzparks und einmaligen Baudenkmalen zu besuchen. Noch vor nicht allzu langer Zeit machten wir uns zu zweit mit dem Jeep auf den Weg für eine längere Afrikatour. Geplant war primär der Besuch von Namibia und Botswana; Simbabwe stand zwar auf der Wunschliste, da aber die bekannten Meldungen durch die Presse geisterter, waren wir zunächst einmal unsicher und beschlossen, vor Ort nachzufragen. In Namibia war es gar nicht möglich, brauchbare Information zu bekommen, im Gegenteil, irgendwelche Pressenachbeter wollten uns, doch «Robby» nicht noch mehr Dollar in die Tasche zu schieben, auch in Botswana wusste niemand so recht Bescheid. Glücklicherweise lernten wir dort aber zufällig einen Simbawber kennen, der als Übersetzer arbeitete. Er selbst war vorher als Führer in dem wunderschönen Mana Pools Nationalpark tätig gewesen und bedauerte sehr, dass er diese Arbeit wegen der schlechten Wirtschaftslage aufgeben musste. Mit seinen zahlreichen Tips und Empfehlungen ausgestattet ging es also los nach Simbabwe!*

*Ich kann nur sagen, dass ich mich, trotz allen bedrückenden Elends, das durch die jahrelangen internationalen Sanktionen über das Volk gekommen ist bislang selten in einem afrikanischen Land so wohl gefühlt habe wie in Simbabwe. Die Menschen sind äusserst freundlich, freuen sich sehr, wenn man sich mit ihnen austauscht sind dabei aber nie aufdringlich. Vor allem fiel uns auf, wie dreist die Lügen darüber sind, dass angeblich alle über Mugabe herzogen oder das*

*Ende seiner Regierung herbeiwünschten! Im Gegenteil – die Bevölkerung weiss nur zu gut was sie ihm zu verdanken hat. Im Matusadona Nationalpark berichtete uns ein Arbeiter, dass er seit 1996 in diesem Park arbeitet und bis 2002 nicht einmal wusste, wie eine Tsetsefliege aussieht, weil diese effektiv bekämpft wurde (nur weil seit dem Boykott inzwischen kein Geld mehr da sei, breite sich die Tsetsefliege jetzt wieder aus). Im Hwange Nationalpark erzählte uns ein Betreuer einer der schönen privaten campsites stolz von seiner erfolgreichen Jagd auf Wild- diebe aus Sambia, die die Armut des Landes ausnutzten und in die simbbawischen Parks eindringen würden. Ein Eindruck war vor allem überall prägend: es ist den Einheimischen ausgesprochen wichtig, dass ihre Parks gepflegt und geschützt werden. Und bei alledem: nie Dienst nach Vorschrift sondern Eigeninitiative, keine Dummschere, sondern selbstbewusstes Auftreten. – Auch hier findet man es wieder bestätigt: ein sogenannter «Nationalcharakter» eines Volkes ist geronnene Geschichte, und dies merkt man dem freiheitsliebenden Volk von Simbabwe angenehm an.*

## Fussnoten

- 1) Ketzerbrief 66, Die bosnische Tragödie.
- 2) Nützliche Informationen hierzu verdanke ich einem Artikel des kanadischen Journalisten Stephen Gowans, «Politik des Auftritts», Junge Welt, 11. und 12.6.2008.
- 3) W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus.
- 4) Ihr Versuch, auch den Burenstaat Transvaal zu annektieren, scheiterte zunächst wenig später wurde Transvaal in Folge des Burenkrieges ab 1902 aber doch britisch.
- 5) Die Beamten der BSAC hatten in dem Jahr, als die Hütten- oder Kopfsteuer eingeführt wurde, akribisch berechnet, dass es einen Eingabeeren 2 bis 3 Monate kosten würde, das notwendige Bargeld zu verdienen – um das zu tun, musste er für die Weissen arbeiten und somit einen ständigen Zufluss von Lohnarbeitern sichern.
- 6) Badde Gebiete wurden ab 1899 nach ihrem Eroberer Nord- und Südhodesien genannt.
- 7) Zur Erwinigung der portugiesischen Revolution, welche dieses ohne US-Hilfe schon lange kaum noch lebensfähige Relikt der Hitlerperiode besiegte, durch die deutsche Sozialdemokratie empfehlen wir unsere immer noch lesenswerte Schrift «Die Rolle von Sozialdemokratie und Kirche in der portugiesischen Konterrevolution» (in: 30 Jahre Ketzer, AHRIMAN-Verlag 1998, S.103ff.).
- 8) Organisiert zum Beispiel vom damals noch bestehenden Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW).
- 9) Die Fotos stammen aus einer damals (1978) vom KBW zum Befreiungskampf Simbawes herausgegebenen Broschüre – etwa zeitgleich hatte der KBW leider und idiotischerweise im angolanischen Freiheitskampf statt der echten und seit Jahren kämpfenden Befreiungsbewegung MPLA (die aber freundschaftliche Beziehungen zu Moskau unterhielt, was den Maoisten nicht gefiel) eine Marodeurtruppe im Sold der CIA, die FNLA, unterstützt, was schliesslich den KBW selbst die Existenz kostete, weil ihn in der Folge etwa 2/3 seiner Mitglieder verliessen; auch dies nachzulesen in: 30 Jahre Ketzer, S.102f.
- 10) Für die Sowjetunion war der Köder, dass sie zum ersten Mal in ihrer Geschichte ihre Industrie nicht mehr nur auf Verteidigungszwecke ausrichten musste, sondern die Massenproduktion von Konsumgütern vorantreiben, ihrer Bevölkerung einen gewissen materiellen Wohlstand sichern und damit auf grössere, dringend erforderliche Loyalität hoffen konnte. Ein Jahrzehnt später war es allerdings mit der erhofften Ruhe vorbei, und die «torgerüstete» Sowjetunion verschwand mit einem Wimpernschlag aus der Weltgeschichte.
- 11) «Wie weit ist Simbabwe?», NZZ Folio 04/94.
- 12) Selbst der Rassistenführer Jan Smith, dem Tausende von Befreiungskämpfern zum Opfer gefallen waren und der Mugabe persönlich 1966 nicht einmal erlaubt hatte, zum Begräbnis seines 3-jährigen Sohnes zu reisen, durfte im Land bleiben und wohnte bis kurz vor seinem Tod 2007 in Simbabwe.
- 13) Seither war China ausser Südafrika das einzige Land, welches Simbabwe finanziell noch unterstützte, was ihm als Blockadebrecher wiederum den Haas der hiesigen Presse einträgt: «China erobert Afrika. Es geht um Öl und Bodenschätze, auch Diktatoren sind als Gesprächspartner willkommen», so jaulte etwa die «ZIT-online» 38/2006.
- 14) «Es gibt in Robert Mugabes Leben ein Vorher und ein Danach. Dazwischen steht ein Verrat, den er nie verwunden hat», sinnierte der Schweizer «Tages-Anzeiger» vom 9. April 2008 über den britischen Vertragsbruch.

Dieser Text ist mit Erlaubnis entnommen aus:

«Ketzerbriefe» 152 des Ahriman-Verlags, Freiburg i. Br.

www.ketzerbriefe.de